Freitag, 22. Februar 2019 | Nr. 8 | 61. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

WEGEN PERSONENFREIZÜGIGKEIT UND ASYLCHAOS

Sozialhilfe ausser Rand und Band! So gibt die SVP Gegensteuer

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit mit der EU sind netto eine Million Menschen in unser Land eingewandert. Im gleichen Zeitraum hat die Migration durch Wirtschaftsflüchtlinge massiv zugenommen. So wird die 10-Millionen-Schweiz bald Realität, mit dramatischen Folgen für unsere Gesellschaft, unser Land und unsere Sozialsysteme. Statt gesellschaftlich qualitativ zu wachsen, wächst nur die Sozialindustrie und der Schweizer Mittelstand wird an die Wand gefahren.

Im Jahr 2001, also vor der Einführung der Personenfreizügigkeit, wendeten die Zürcher Städte und Gemeinden pro Einwohner durchschnittlich 622 Franken für die Soziale Wohlfahrt auf. 15 Jahre später waren es bereits 1037 Franken. Eine satte Steigerung von 67 Prozent. Im selben Zeitraum sind auch die Kosten beim Kanton für Soziales um beinahe 300 Prozent und beim Bund die Ausgaben für das Asylwesen innert 10 Jahren um 400 Prozent gestiegen. Gemäss geltendem Recht trägt der Kanton Zürich zehn Jahre lang die Sozialkosten für alle Ausländer, zudem übernimmt der Bund eine Pauschale für Personen des Asylbereichs während der ersten fünf Jahre. Nach Ablauf dieser Fristen lasten die Sozialausgaben für die Zuwanderer alleine auf den Gemeinden. Die markanten Kostensteigerungen bei Bund und Kanton sind düstere Vorboten für die Gemeindefinanzen.

Migration aus Europa und Afrika als Hauptursache

Dass die Personenfreizügigkeit und das Asylchaos tiefe Furchen in die öffentlichen Finanzen gerissen haben, ist statistisch nachgewiesen. Betrachtet man die Nationalitäten der Bezüger von Sozialhilfe über die letzten zwölf Jahre, stellt man bei den Schweizern eine Steigerung von lediglich 2,5 Prozent fest. Demgegenüber führen die Eritreer die Rangliste unangefochten mit einer Steigerung von unglaublichen 11 807 Prozent an, von unter 300 auf nahezu 33 000 Fälle: mehr als das Hundertfache! Aus dem EU- Raum wird die Rangliste von den Bulgaren mit einer Steigerung von 293 Prozent angeführt, gefolgt von den Rumänen mit 243 Prozent und den Deutschen mit 120 Prozent. Gesamthaft hat sich die Zahl von Sozialhilfebezügern aus dem EU-Raum um satte 61 Prozent gesteigert.

Interessant ist auch die Tatsache, dass im selben Zeitraum bei den Asiaten, die Steigerung der Sozialquoten mit 19 Prozent mehr als dreimal tiefer liegt. Die Zuwanderungskontingente machen sich offenbar bemerkbar. Die Zahlen belegen es: Die Personenfreizügigkeit und das Asylchaos sind Hauptverursacher der Kostenexplosion im Sozialwesen.

Dank Kindern zu einer besseren Stellung

Gemäss Ausländerrecht kann sozialhilfebeziehenden Migranten der Aufenthalt entzogen werden. Alleine im Kanton Zürich gibt es über 8000 Ausländer, welche über mehr als drei Jahre hinweg nahtlos Sozialhilfe beziehen. Pro Jahr werden jedoch weniger als 100 Aufenthaltsbewilligungen entzogen. Dazu ein Beispiel des Zürcher Gerichts, welches am 21. Februar 2017 folgenden Entscheid fällte: Einer Migrantin, die mehr als 300 000 Fr. Sozialhilfe bezogen hat, ungenügend integriert war und wegen Geldwäscherei und qualifiziertem Betäubungsmitteldelikt zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, wollte das Migrationsamt die Aufenthaltsbewilligung entziehen. Nein, sagte das Verwaltungsgericht. Sie dürfe wegen ihrem 9-jährigen Sohn bleiben. Dass Kinder vor dem Entzug der Aufenthaltsbewilligung schützen und gleichzeitig höhere Bezüge von Sozialhilfe ermöglichen, ist einstweilen auch den Migranten bekannt. Die Zahl der Geburten im Asylbereich hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Gab es im Jahr 2007 noch 1086 Geburten, waren es zehn Jahre später mit 3153 Geburten rund dreimal so viele. Im ersten Halbjahr 2017 verzeichneten am meisten Geburten Asylbewerberinnen aus Eritrea (611), gefolgt von Frauen aus Syrien (247), Afghanistan (134) und Somalia (92). Die Erfahrung zeigt jedoch, dass wenn junge Asylbewerber Kinder bekommen, dies für ihre Integration hinderlich ist. Viele ruhen sich mit der komfortablen sozialen Grundsicherung aus. Eltern und Kinder wachsen dann mit der Vorstellung auf, dass man einfach vom Staat leben kann.

Die Abhängigkeit der Mehrpersonenhaushalte

Aufgrund der SKOS-Richtlinien müssen sich Sozialhilfebezüger keine Gedanken machen, ob ein Kind finanziell tragbar ist. Mit jeder Geburt steigen die Beiträge der Sozialhilfe an.

Ein Vierpersonenhaushalt erhält durch die Sozialhilfe einen Grundbedarf von rund 2100 Franken, eine Wohnung für 1600 Franken, bezahlte Krankenkassenprämien im von rund 1000 Franken, sowie diverse situationsbedinge Leistungen. Die Gesamtsumme beläuft sich monatlich auf rund 5000 Franken. Netto! Steuerfrei! Zudem haben Sozialhilfebeziehende Anrecht auf verschiedene Sonderentschädigungen für Zahnarztkosten, Dentalhygiene, Babymöbel, ÖV-Tickets, Franchisen und Umzugskosten.

Berücksichtigt man zudem Steuern und Lohnabzüge, ist der Sozialhilfebezüger im Vierpersonenhaushalt finanziell gleich gestellt wie ein Arbeiter mit einem Jahresverdienst von 75 000 Franken. Für die allermeisten Migranten sind solche Jahressaläre unerreichbar. Die Statistik belegt: über 80 Prozent der Asylanten schaffen den Schritt in die finanzielle Unabhängigkeit auch nach Jahren nicht, denn die Anreize der Sozialindustrie sind zu gross geworden.

Volles Programm ab dem ersten Tag

Wer als Flüchtling anerkannt ist, erhält im Kanton Zürich ab dem ersten Tag die gleichen Sozialhilfeleistungen wie ein Inländer, der jahrzehntelang hier gearbeitet und Steuern bezahlt hat.

Ebenfalls besteht in den meisten Fällen das Recht auf Familiennachzug. Dies führt dazu, dass immer mehr Personen in unserem Kanton wohnen, welche das Leben ihrer ganzen Familie durch die öffentliche Hand vollständig und systematisch fremdfinanzieren lassen – der rotbärtige Hassprediger Ramadan aus Biel lässt grüssen. War früher die Sozialhilfe insbesondere als überbrückende Hilfe gedacht, bedienen sich heute immer mehr Personen über immer längere Zeiträume von der öffentlichen Hand. Zudem werden von ausländischen Sozialhilfeempfängern Milliarden in ihre Heimatländer geschickt, was nicht dem Zweck der Sozialhilfe entspricht. Ein Affront gegenüber der Gesellschaft und dem Steuerzahler, welcher tagtäglich sein bestes gibt, um ohne staatliche Abhängigkeit zu leben.

Die griffigen Lösungen der SVP

Aufgrund dieser eklatanten Fehlentwicklungen hat die SVP im Kantonsrat zwei Vorstösse eingereicht. Zum einen will die SVP im Kanton Zürich erreichen, dass bei der Berechnung der Sozialhilfe reduzierte Ansätze in Abhängigkeit der getätigten Anzahl Steuerjahre in der Schweiz angewendet werden. Die Zusammensetzung der Sozialhilfebeziehenden gefährdet immer mehr den sozialen Frieden. Immer mehr ältere Inländer in tieferen Lohnsegmenten werden nach Jahren der Erwerbstätigkeit ausgesteuert und sozialhilfeabhängig.

Für die Bevölkerung ist es unverständlich, warum Personen, welche teilweise keinen einzigen Tag gearbeitet haben, die gleich hohen Sozialhilfeleistungen erhalten. Mit einem zweiten Vorstoss soll zudem das Sozialhilfegesetz dahingehend angepasst werden, dass die Höhe des Grundbedarfes reduziert wird, sodass lediglich die materielle Grundsicherung (Wohnkosten, medizinische Grundversorgung, Grundbedarf für den Lebensunterhalt) gewährleistet ist. Personen, welche sich korrekt verhalten, sollen zudem eine Motivationsentschädigung erhalten, mit welcher sie dieselbe materielle Grundsicherung erreichen, wie dies heute der Fall ist. Hingegen sollen renitente Sozialhilfebezüger, welche sich in der sozialen Hängematte ausruhen, nur noch die zwingend notwendigen Leistungen erhalten.

Stefan Schmid
Kantonsrat SVP
2. Vizepräsident SVP ZH
Niederglatt

Christoph Mörgeli

Verhältnismässiges Dominospiel

2019 wird für die Schweiz zum Jahr des EU-Rahmenabkommens. Ein Projekt der Eliten gegen die Mitbestimmungsrechte der eigenen Bevölkerung. Ein Anschlag auf die Demokratie. Denn Demokratie ist die Staatsform der Alternativen. «Alternativlos» geht nicht. Es muss immer ein Ja oder ein Nein möglich sein. Von Sachabstimmung zu Sachabstimmung. Ohne Drohungen mit dem Weltuntergang. Ohne Präsentation aller möglicher Folterwerkzeuge. Oder erpresserische Verknüpfung sachfremder Politikbereiche. Es geht beim Rahmenabkommen um einen Vasallenvertrag, wie ihn kein einziger Staat der Welt kennt. Dieser hätte folgende Konsequenz: Sollte sich das Schweizer Stimmvolk an der Urne anders entscheiden, als es das künftige – vielfach heute noch nicht einmal bekannte – Recht der EU vorsieht, drohen «Ausgleichsmassnahmen». Der Bundesrat behauptet in seinen Erläuterungen zum institutionellen Abkommen mit Brüssel: «Entscheidet die Schweiz, neue Rechtsakte der EU oder Anpassungen nicht zu übernehmen, müssen allfällige Ausgleichsmassnahmen der EU verhältnismässig sein.» Diese Aussage ist unkorrekt. Oder sprechen wir von einem vorsätzlichen Irrtum, um das Wort Lüge zu vermeiden. Nennen wir es eine bundesrätliche Kunstform, um die Wahrheit zu umgehen. Denn von «verhältnismässig» kann keine Rede sein. Vielmehr werden die ganz unterschiedlichen Vertragswerke des Pakets der Bilateralen I mit einer Guillotineklausel zusammengebunden. Und auch sämtliche neuen, allfällig in Zukunft abzuschliessenden Abkommen mit der EU sollen durch eine Super-Guillotine verknüpft sein. Was heisst: Sollte sich das Schweizer Volk gegen einen einzigen Teil des Verknüpfungswerkes entscheiden, fallen alle damit verknüpften Bestimmungen dahin.

Wer hier von «verhältnismässig» spricht, könnte das Wort genauso für die Konsequenzen im Dominospiel anwenden, wenn der erste Stein umfällt. Doch die NZZ am Sonntag nennt die Befürworter des EU-Anbindungsvertrags als Einzige die «konstruktiven Kräfte der Schweiz». Alle Befürworter von Selbstbestimmung und Volksrechten sind demnach destruktiv. Also zerstörend und zersetzend. Denn unsere Eliten haben genug vom Volk, das ihre Interessen immer wieder durchkreuzt. Vielleicht haben aber auch wir Bürger gelegentlich genug von Interessenvertretern, die in unserem Namen ihre Interessen vertreten.

SCHULBEISPIEL MIT GROSSBRITANNIEN ENTLARVT VERWALTUNG UND BUNDESRAT

Normale Normalität

Die Abnormalität des EU-Rahmenvertrags wird deutlich. Dank der neuen Normalität der britisch-schweizerischen Beziehungen.

Roger Köppel
Nationalrat SVP
Küsnacht

Ende März ist der Brexit Tatsache. Das wirtschaftlich zweitstärkste Land hinter Deutschland verlässt die EU. Wahrscheinlich gibt es einen harten Brexit, also einen Abgang ohne Einigung, ohne Sicherheitsnetz.

Eigentlich müssten unsere Bundesräte, unsere Wirtschaftsverbände, Wirtschaftsführer, Politiker und Verwaltungsangestellten Zeter und Mordio schreien, sämtliche Alarmglocken läuten, den nationalen Notstand ausrufen.

Denn: Es droht mit einem wichtigen Wirtschaftspartner das schlimmste aller denkbar schlimmen Szenarien, die düsterste aller düsteren Aussichten, nämlich exakt jener «vertragslose Zustand», den die oben genannten Kreise mit Blick auf die EU seit Monaten als Horrorperspektive heraufbeschwören.

Wir hören es tagaus, tagein, am schrillsten in der Neuen Zürcher Zeitung, diesem neuen Leitorgan der Eurokraten und Theoretiker des Wirtschaftsbürokratismus, die nicht müde werden, davor zu warnen, dass, angeblich, die grösste Gefahr für die Schweiz von «ungeregelten Verhältnissen» mit der Europäischen Union ausgehe und dass nur der schnellstmögliche Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens die Schweiz vor diesem dräuenden Vakuum, vor dieser Leere, vor diesem Nichts einer herbeigemutmassten Regellosigkeit bewahren könne.

Falschheit des Weltbilds

Sie reden so, als ob die internationalen Schweizer Unternehmen ihre Produkte und Dienstleistungen nicht deshalb ins Ausland verkaufen können, weil sie gute Produkte, die wirklich gebraucht werden, zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten, sondern einzig und allein deshalb, weil ihnen die Gnade eines ausgeklügelten, von Beamten gezwirbelten Vertragswerks zuteil wird, von dem sie freundlicherweise profitieren dürfen, weil ja sonst angeblich niemand auf die Idee käme, ihnen auch nur einen Bleistift abzukaufen.

Dass dieses in den Medien und in weiten Teilen der Politik widerspruchslos repetierte Weltbild durchschlagend an der Realität der Schweizer Exportwirtschaft vorbeigeht, ist allen klar, die sich praktisch und nicht theoretisch mit der Marktwirtschaft befassen.

Das Ausmass der Falschheit dieses Weltbilds zeigt sich jetzt aber mit entblösster Deutlichkeit in der sich anbahnenden Beziehung zwischen der Schweiz und Post-Brexit-Grossbritannien. Anstatt zu jammern und zu klagen wie bei der EU, unterzeichnet Bundesbern mit den Briten in aller Ruhe Handelsverträge, auf dass der freie Handel zwischen den beiden Staaten auch nach dem Brexit ganz normal und, ja, bilateral geregelt weitergehe.

Bern einigt sich mit London problemlos, und ich betone: p-r-o-b-l-e-m-l-o-s, sogar auf Kontingente beim Personenverkehr, was man damals bei der Nichtumsetzung des Volksentscheids gegen die Masseneinwanderung schlicht zu einem Ding der Unmöglichkeit erklärt hatte. Und nicht zu vergessen: Grossbritannien ist als hochentwickelter Finanzplatz punkto Personenaustausch besonders wichtig für die Schweiz. Wenn man sich bezüglich Freizügigkeit mit den Briten einigen kann, dann kann man sich auch mit Deutschland, Schweden oder Finnland einig werden.

Abnormaler institutioneller Vertrag

Man sehe, höre und staune: Mit vernünftigen Staaten sind vernünftige Verträge auf Augenhöhe und in wechselseitigem, also bilateralem, Interesse jederzeit möglich. Es braucht keinen Rahmenvertrag, es braucht keine institutionelle Ankettung, es braucht keine aufgezwungene Rechtsübernahme, es braucht keine fremden Richter, Pseudo-Schiedsgerichte oder Guillotinen.

Wenn er von der EU redet, sagt der Bundesrat immer, es brauche jetzt endlich eine «Normalisierung» der Beziehungen mit Brüssel und das Instrument hierfür sei das institutionelle Abkommen. Wie abnormal der institutionelle Vertrag ist und wie abwegig dessen Anpreisung durch den Bundesrat erscheint, zeigt sich in der wohltuenden bilateralen Normalität der schweizerisch-britischen Beziehungen in der Post-Brexit-Ära.

Die ganz normale Normalität gleichberechtigter Freihandelsbeziehungen am Beispiel des schweizerisch-britischen Freihandelsvertrags: Die grosse Schweizer Wirtschaftsphilosophin Simonetta Sommaruga erklärte uns im Bundeshaus mehrfach, warum solche Freihandelsbeziehungen nicht ausreichen, warum es mehr braucht, warum wir uns im ureigenen Interesse unter die Knute Brüssels begeben müssen, um Wohlstand, Wissenschaft und eine Zukunft zu bekommen.

Überängstlicher und unterwürfiger Bundesrat

Die neuen Verträge mit Grossbritannien bringen die geballte Hohlheit solcher Beteuerungen jetzt aufschlussreich zum Klingen.

Das fussfällige Bittstellerdenken, diese sklavenhafte Bürokratenmentalität, die masslose Selbstüberschätzung einer Verwaltung, die immer grösser wird und den Bundesrat zusehends fernsteuert: Sie drücken ganz offensichtlich auf die verbeamtete schweizerische Aussenpolitik durch. Deshalb ist es, hoffentlich, jetzt eine für alle Beteiligten heilsame Erfahrung, wenn es auch anders geht, wenn man mit einem grossartigen und geschichtsträchtigen freiheitlichen Staat wie Grossbritannien klassische bilateral-gleichberechtigte Verträge unter unterschiedlichen Partnern abschliesst.

Es soll mir niemand sagen, dass solche Verträge nicht auch mit Deutschland, Italien, Frankreich oder Polen nach einem EU-Austritt möglich wären. Oder sind unsere Regierungskreise bereits so tief in mentaler Gefangen- oder Komplizenschaft in die Brüsseler Überbürokratie verstrickt, dass sie sich die Vorteile und die Normalität einer echten bilateralen Beziehung gar nicht mehr vorstellen können?

Selbst stolze Jagd- und Greifvögel, habe ich mir auf einer Vogelfarm in Wales erklären lassen, gewöhnen sich an die Käfighaltung, wenn ihnen jemand pünktlich Futter und Wasser in den Napf schiebt.

Das Schulbeispiel mit Grossbritannien entlarvt, wie überängstlich-unterwürfig die Bundesverwaltung, der ihr hörige Bundesrat und die durchbürokratisierten Wirtschaftsverbände gegenüber der Europäischen Union auftreten.

FINANZIERUNG INTRANSPARENTER UMWELT-PROJEKTE

Nur die SVP wehrt sich

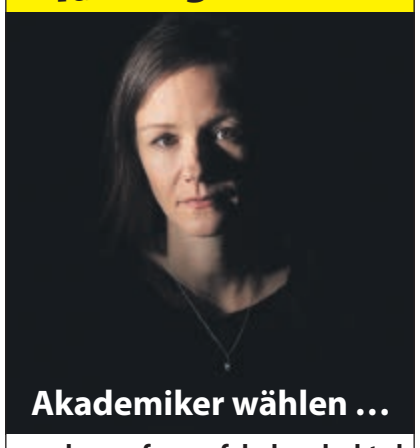
Der Bundesrat will in den nächsten vier Jahren insgesamt rund 150 Millionen Franken in den intransparenten Globalen Umweltfonds GEF bezahlen. Dies unter anderem mit dem Segen der nationalrätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek). Die SVP ist über diese Unbekümmertheit im Umgang mit Steuergeldern entsetzt.

Für die Jahre 2019 bis 2022 hat der Bundesrat einen Rahmenkredit in der Höhe von insgesamt 147,83 Millionen Franken zur Unterstützung globaler Umweltschutzprojekte genehmigt. Konkret soll das Geld in den Globalen Umweltfonds GEF fliessen. Nachdem der Ständerat dem Kredit letzten November zugestimmt hat, liegt der Ball nun beim Nationalrat. Diese Woche hat dessen vorberatende Kommission (Urek) dem Geschäft ebenfalls zugestimmt.

Unseriöse Vorlage wird von SVP entschieden bekämpft

Einzig die SVP wehrt sich entschieden gegen den Rahmenkredit. Dies aus mehreren Gründen. Erstens, weil bei der Verwendung der Gelder Intransparenz herrscht. Denn aus dem Topf des GEF fliesst Geld in über 160 Länder und Projekte. Darüber, wie erfolgreich diese umgesetzt werden, herrscht wenig Klarheit. Zweitens hat der Bundesrat einst versprochen, von den rund 150 Millionen Franken werde ein Betrag in zweistelliger Millionenhöhe an innovative Schweizer Firmen und Universitäten zurückfliessen, die sich auf Umwelttechnik, Ingenieurwissen und Klimaforschung spezialisiert haben. Ob Geld zurückfliesst und wie viel kann der Bund allerdings bis heute nicht erklären. Aus diesen Gründen wird die SVP die Vorlage im Nationalrat entschieden bekämpfen.

Schon wieder falsch gedacht?



Akademiker wählen …

… schau auf www.falschgedacht.ch wer alles SVP wählt!

MEHR GELD IST KEINE LÖSUNG

AHV-Steuer-Deal ist lächerliche Pflästerlipolitik

Diese Woche veröffentlichte compenswiss, welche den Ausgleichsfonds der AHV, IV und EO verwaltet, ihre Anlageergebnisse: die AHV steht mit 1,3 Milliarden im Minus! Es stellt sich die Frage, wie kann die AHV gerettet werden? Dabei ist klar: Mehr Geld ist keine Lösung!

Camille Lothe
Präsidentin
Junge SVP Kt. Zürich

Die Ausgleichsfonds AHV/IV/EO haben das Anlagejahr 2018 mit einem Minus von –1,5 Milliarden abgeschlossen, davon sind –1,3 Milliarden der AHV zuzuschreiben. Dieses Resultat ist einerseits auf die rückläufige Entwicklung der Finanzmärkte und andererseits auf das negative Umlageergebnis, insbesondere des AHV-Fonds, zurückzuführen. Anders als in den zwei Vorjahren kann die im 2018 erwirtschaftete Rendite das negative Umlageergebnis des AHV-Fonds, als Folge der demografischen Entwicklung und der Alterung der Bevölkerung, nicht kompensieren.

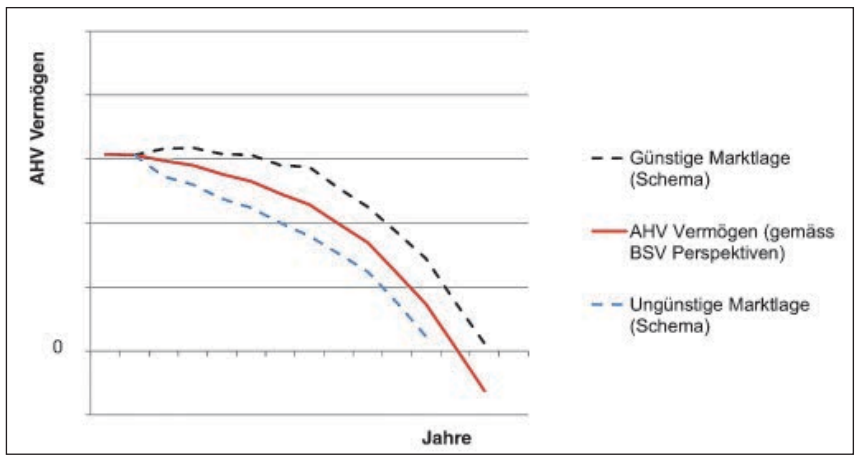
Strukturelle Probleme

Der AHV-Steuer-Deal möchte mit einer Erhöhung der Beiträge zusätzlich jährlich 1,2 Milliarden zur AHV beisteuern. Die Zahlen zeigen jedoch: Die Zusatzfinanzierung durch den AHV-Steuer-Deal würden nicht einmal den Verlust dieses Jahres decken! Es handelt sich dabei um eine lächerliche «Pflästerlipolitik», welche auf eine äusserst oberflächliche Art die strukturellen Probleme der AHV unter den Tisch kehren möchte! Mit dem AHV-Steuer-Deal werden die Beiträge erhöht, um damit das strukturelle Defizit der AHV zu decken. Dem Bürger wird immer mehr Geld aus der Tasche gezogen und KMU müssen immer höhere Lohnkosten zahlen. Das ist nicht die Lösung!

Es braucht endlich eine Reform, welche auf die zunehmende Alterung der Bevölkerung eingeht und das strukturelle Defizit der AHV nachhaltig angeht. Unter anderem müssen wir dafür den Arbeitnehmern über 50 Sorge tragen und verhindern, dass diese durch günstige Arbeitnehmer ersetzt werden. Klar ist jedoch, dass wir nicht jedes Mal aufs Neue die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber erhöhen, um die Verluste der AHV zu bezahlen!

Druck auf das Parlament

Was ist die Lösung? Wir müssen aufhören, die Bürger und KMU mit höheren Abgaben für die AHV zu belasten. Darum braucht es dringend am 19. Mai ein klares NEIN zum AHV-Steuer-Deal. Nur mit diesem Druck wird das Parlament im Rahmen der AHV21 eine strukturelle Reform ausarbeiten und damit die Altersvorsorge nachhaltig sanieren.



Die Entwicklung des AHV-Vermögens zeigt nur in eine Richtung.

ERNST STOCKER GAST BEI DER SVP ANDELFINGEN

Verwalter von fast 16 000 Millionen Franken

Am diesjährigen Jahrestreffen der SVP Bezirk Andelfingen gewährte Regierungsrat Ernst Stocker in Berg am Irchel einen Einblick in den zweitgrössten öffentlichen Haushalt in der Schweiz. Zugleich zeigte er durchaus interessante Geldflüsse auf.

RoMü. Es hat Tradition, dass sich die SVP Bezirk Andelfingen jeweils zum Jahresstart zu einem Jahrestreffen zusammenfindet.

In diesem Jahr war in Berg am Irchel Regierungsrat und Finanzdirektor Ernst Stocker zu Gast. Als Finanzdirektor jongliert er mit Milliarden von Franken und gab dabei einen umfassenden Einblick in diesen enorm grossen Finanzhaushalt, wobei er bewusst von Millionen und nicht in Milliarden sprach.

«Wir haben mit fast 16 000 Millionen Franken hinter dem Bund den zweitgrössten öffentlichen Haushalt in der Schweiz», rief er in Erinnerung.

Auftraggeber für das Gewerbe

Zugleich verwies er, dass der Kanton mit einem jährlichen Investitionsvolumen von 1000 bis 1300 Mio. Franken ein wichtiger Partner und Auftraggeber für das Gewerbe und die Industrie ist. Die sehr gesunde Finanzlage beschert dem Kanton bezüglich des Rating das dreifache A, obwohl der Kanton als gewisses Risiko zu 100 Prozent an der Zürcher Kantonalbank, an der GVZ und der EKZ sowie noch mit 33 Prozent am Flughafen beteiligt ist.

Vom gesamten Bruttohaushalt floss bezüglich der Ausgaben 2017 mit 26,3 Prozent der grösste Anteil in die Bildung, gefolgt vom Gesundheitswesen mit 21,8 Prozent und 14,7 Prozent in die soziale Wohlfahrt. Über jeden zehnten ausgegebenen Franken (10,5 Prozent) muss für den Finanzausgleich von Bund und Kanton aufgewendet werden. Der Verkehr (9,7 Prozent) und die öffentliche Ordnung und Sicherheit (9,3 Prozent) folgen, während die öffentliche allgemeine Verwaltung gerade einmal 3,3 Prozent beansprucht. Die in den letzten Jahren erzielten Überschüsse in der Staatskasse zwischen 250 und knapp 400 Mio. Franken konnte die Verschuldung kontinuierlich abgebaut werden.

Lag diese 1999 noch bei 5800 Millionen Franken, so konnte sie bis 2017 auf 3150 Millionen Franken gesenkt werden.

Grosse Firmen und Gutverdiener

Insgesamt flossen im vorletzten Jahr 7241 Millionen Franken an Einkommenssteuern in die Staatskasse. Die obersten 3,5 Prozent der Steuerpflichtigen ab 200 000 Franken tragen mit 35,9 Prozent zum Einkommenssteuerertrag den grössten Anteil bei. «40 000 von 67 000 Firmen zahlen keine Gewinnsteuern, während 1250 Gesellschaften mit über einer Million Franken Gewinn für 85 Prozent der gesamten Gewinnsteuern aufkommen», rief Stocker bezüglich dieser wichtigen Erträge in Erinnerung.

Von einer grossen Herausforderung sprach Stocker mit Blick auf die Steuervorlage 17, welche Anpassungen bei den Gewinnsteuern auf Unternehmen zur Folge haben werden. «Die Wirtschaftskantone Baselstadt, Waadt und Genf wollen dabei ihre Gewinnsteuerbelastung auf 12,09 bis 14 Prozent massiv senken, während im Kanton Zürich eine Anpassung von 21,15 auf 18,19 Prozent vorgesehen ist, wobei gemischte Gesellschaften und Holdings deutlich mehr belastet werden. Während sechs Kantone nebst einer Senkung des ordentlichen Steuersatzes und Ausnützung der Maximalentlastungsbegrenzung unter 10 Prozent liegen werden, kann Zürich wohl am meisten von der Maximalentlastungsbegrenzung profitieren. Doch er bleibt damit aber trotzdem im Mittelfeld bezüglich des Steuersatzes.

Hohe Belastung durch NFA

Von grossen Herausforderungen sprach Stocker bezüglich des neuen Finanzausgleiches (NFA), wo der Kanton Zürich mit 32,6 Prozent für 2019 mit 487 Mio. Franken der grösste Nettozahler ist. «Wir sehen das Problem in der ständig wachsenden Ausgleichssumme. Dies ist auf eine zu hohe Bewertung der Unternehmensgewinne und auf eine zu geringe Abgeltung zentralörtlicher Leistungen zurückzuführen», hielt Stocker fest.

Er zeigte sich bezüglich der angestossenen Reform erfreut, welche im Ständerat bereits eine Mehrheit gefunden hat und den Stand Zürich entlasten wird. In der anschliessend sehr regen genutzten Diskussion verwies Stocker auf die sehr ungleichen Steueranteilsverhältnisse zwischen Einkommen- und Gewinnsteuern innerhalb der Kantone. Anderseits machte er bezüglich des Rahmenabkommens mit der EU grosse Fragezeichen, weil ein solches dem Kanton bezüglich der Beihilfe untersagen würde, eine Kantonalbank oder eine staatliche Gebäudeversicherung zu betreiben oder sich am Flughafen oder der EKZ zu beteiligen.

Finanzdirektor Ernst Stocker erklärte auf gewohnt pointierte Art die enorm grossen Zahlen des Zürcher Staatshaushaltes.

BILDUNGSPOLITIK IM FOKUS

Was macht eine starke Volksschule aus?

Eine starke Volksschule – das wollen wir alle. Nur der Weg zum Ziel spaltet die Geister. Noch bevor eine Bildungsreform umgesetzt ist, wird die nächste gefordert. Dabei ist auch bei Reformen «nicht alles Gold, was glänzt». Grundlegende Prinzipien gilt es zu berücksichtigen: Eine starke Volksschule bezieht die Eltern in den Unterricht eng mit ein, fokussiert auf einen praxisorientierten Unterricht, fördert und überfordert Kinder nicht. In Gesellschaftsfragen bleibt sie neutral.

Timotheus Bruderer
Kantonsratskandidat SVP Wetzikon

Man kann bekanntlich immer von zwei Seiten vom Pferd fallen. So gibt es Lehrpersonen, die die Meinung vertreten, Eltern sollten sich in den Schulunterricht nicht einmischen.

Auf der anderen Seite gibt es Eltern, die von Lehrpersonen erwarten, die Erziehung ihrer Kinder sozusagen zu übernehmen. Beides Szenarien, die definitiv zum falschen Ergebnis führen.

Kompetenzen stärken

Unsere Volksschule ist immer nur so erfolgreich, wie sie willens ist, die Eltern in den Unterricht miteinzubeziehen. Beide Seiten – Lehrpersonen und Eltern – müssen sich bewusst sein, wo der Bereich der eigenen Einflussnahme beginnt und endet. Wenn sich die Verantwortungsbereiche überschneiden, ist Kooperation und eine lösungsorientierte Zusammenarbeit ein Muss. Schliesslich geht es um nichts weniger als die Zukunft der nächsten Generation. Vermeintliche oder tatsächliche Missstände in einzelnen Familien – ja, die gibt es – führen dazu, dass die Schule als universelle Problemlöserin verstanden wird. Im Sinne der schnellen Lösung werden Eltern in der Folge Kompetenzen entzogen, anstatt sie neu zu befähigen und in ihrer Verantwortung zu stärken. Ein freiheitliches Verständnis geht davon aus, dass Eltern die Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder tragen und Lehrpersonen sie darin unterstützen.

Praxisorientiert und neutral

Unsere Volksschule ist dann stark, wenn der Unterricht praxisorientiert aufgebaut ist. Das Vermitteln von Wissen muss im Fokus stehen. Lehrmittel und -methoden müssen sich auf die Entwicklungsschritte der Kinder ausrichten und nicht auf die neusten, häufig zu wenig hinterfragten Errungenschaften des Bildungs-Marktes. Es gilt, jedes Kind zu fördern, aber keines zu überfordern. Rückbesinnung auf Bewährtes steht nicht im Widerspruch, berechtigte Neuerungen zu prüfen. Im Gegensatz zur Wirtschaft hat sich der Entwicklungsprozess eines Kindes nicht verändert. Beispielsweise sind digitale Medien zwar zu einem unverzichtbaren Mittel des Austauschs in der Gesellschaft geworden. Doch die Wirtschaft profitiert nur von Kindern, die gelernt haben, den Umgang mit digitalen Medien zu beherrschen, als von solchen, die von digitalen Medien beherrscht werden. Eine starke Volksschule zwingt weder ein gesellschaftliches Modell auf noch schliesst es andere aus. Hier muss die Schule Neutralität wahren. Ein Beispiel: Es darf nicht sein, dass konservative Haltungen negativ besetzt oder sogar diskriminiert werden. Weiter dürfen Kinder nicht darunter leiden, dass Eltern ihre Erziehungsaufgabe wahrnehmen.

Optimum statt Maximum

Gelebte Familien- und Gesellschaftsmodelle sollten von einer starken Volksschule optimiert, maximierte Theorien aber aussen vorgelassen werden. Kein Schulsystem ist perfekt, daher werden Reformen früher oder später immer wieder diskutiert werden müssen. Eine starke Volksschule verdrängt bei diesen Reformen jedoch Altbewährtes nicht, sondern bezieht es mit ein.

INSERAT

SVP WALD

Der Kantonsratswahlkampf in Wald

svp. Bei schönstem Wetter verteilten die vollzählig anwesenden SVP-Kantonsratskandidatinnen und -Kandidaten vom Bezirk Hinwil am Samstagmorgen, an der Bahnhofstrasse in Wald Glühwein und Berliner! Viele Erwachsene und Kinder freuten sich über die feinen Sachen und über die Ballone, welche neben der SVP-Sonne ein besonderer Hingucker waren.

Die Kandidaten der SVP Bezirk Hinwil: Ein schlagkräftiges Team.

Kantonsratskandidat Walter Honegger verteilt Berliner an der Standaktion.

WAHLKAMPFIMPRESSIONEN IN SCHLIEREN

Sonniges Schlieren mit Natalie Rickli

Bei strahlend blauem Himmel errichtete die SVP-Sektion Schlieren den Stand auf dem zentralen Platz mit dem roten Dach. Was bei diesen Temperaturen nicht fehlen durfte, war ein warmer Punsch mit einem feinen Stück Sandwich, das durch die Schlieremer offeriert wurde.

svp. Die SVP-Kandidierenden verteilten sich im Umkreis von 300 Metern, um die Give-Aways an die Frau und den Mann zu verteilen. Grossen Absatz fanden die «kultigen» Jutte-Taschen mit dem Aufdruck «Liste 1» und dem Slogan «Querdenken – Erkennen – Umsetzen». Bald hat man die vielen Liste-1-Taschen in Schlieren gesehen.

Vor dem Westeingang vom Lilienzentrum standen Markus Lottenbach und Rochus Burtscher – beide in Schlieren aufgewachsen – und kamen mit vielen Schlieremern und auch Auswärtigen ins Gespräch. Das ganz schöne daran waren die interessanten Begegnungen mit Menschen, die die beiden aus ihrer Kindheit erkannt haben.

Richtung Bahnhof und Migros waren Manuela Hemmi, Markus Binder und Jennifer Fischer unterwegs. Mit Philipp Frei hatten wir einen verlässlichen Kandidaten auf dem zentralen Platz, der alles im Überblick hatte. Unsere Kandidierenden Pascal Stüssi und Moritz Berlinger standen vor dem nördlichen Eingang zum Lilienzentrum und verteilten ebenfalls die Kulttaschen. Nach knapp 90 Minuten mussten wir Nachschub von den Taschen holen, da bereits über 100 Stück verteilt wurden.

Die Kandidierenden der SVP Bezirk Dietikon waren den ganzen Morgen omnipräsent und standen jederzeit der Bevölkerung Red und Antwort. Um 11.00 Uhr traf Regierungsratskandidatin Natalie Rickli mit zwei weiteren Sünneli ein. Es war ein tolles Erlebnis, bei schönstem Wetter und drei Sünneli und im Beisein von Natalie Rickli diesen Wahlanlass zu bestreiten.

Kandidierende der SVP Bezirk Dietikon mit Natalie Rickli im sonnigen Schlieren.

ZWEI SOZIALPOLITIKERINNEN SPRECHEN ÜBER IHRE ARBEIT

Die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt steigen weiter

Letzte Woche haben zwei erfahrene SVP-Frauen über ihre Erfahrungen im Sozialbereich informiert: Saskia Meyer, Sozialvorsteherin in Freienstein-Teufen und Kantonsratskandidatin, und Barbara Steinemann, Nationalrätin und Mitglied der Sozialbehörde in Regensdorf.

svp. Eine stattliche Anzahl Interessierter aus Wallisellen und Umgebung fand sich im Kafi im Tänn ein, um sich ein Bild über unser Sozialsystem und dessen Weiterentwicklung zu machen.

Gemäss dem Bundesamt für Statistik – so Saskia Meyer – machen die Ergänzungsleistungen zur AHV und IV den grössten Teil der Kosten der sozialen Wohlfahrt aus, nämliche 45 Prozent. Das Bildungsniveau spielt eine wesentliche Rolle für die Sozialabhängigkeit. Personen ohne Bildung sind in der Sozialhilfe übervertreten. Bei den Sozialhilfebeziehenden sind sie mit 46 Prozent vertreten. Die sehr hohen Sozialhilfequoten bei den Flüchtlingen (86,3 Prozent) und Asylsuchenden (90,4 Prozent) überrascht darum nicht.

Eine neue Herausforderung im Sozialbereich betrifft die Altersgruppe 50-64-Jährigen. Immer mehr ältere Schweizer Arbeitssuchende im Kanton Zürich bleiben arbeitslos und sind auf Sozialhilfe angewiesen. Eine Motion im Kantonsrat soll mehr Gerechtigkeit schaffen: «Steuerjahre definieren Sozialhilfehöhe.» Meyer meinte dazu: «Jemand der 40 Jahre gearbeitet und Steuern bezahlt hat, sollte nicht gleich behandelt werden, wie jemand der weder hier gearbeitet noch etwas in unser Sozialsystem eingezahlt hat.»

Fragwürdiger Erfolg

Barbara Steinemann hinterfragt die organisierte Form der Sozialarbeit, die mit dem Entwicklungsrückstand von Sozialhilfeabhängigen viel Umsatz generiert. Sozialhilfebezüger erhalten in der Schweiz nebst einem Bargeldbetrag eine günstige Wohnung, KK-Prämien und AHV-Beiträge, zudem Zahnarzt-, Kita- und Versicherungskosten bezahlt. Für einen Einzelnen sind das monatlich 986 Franken Bargeld, insgesamt stehen ihm aber Leistungen von rund 2600 Franken. zu. Bei einem Haushalt mit fünf Personen sind es Sozialhilfeleistungen von mindestens 5500 Franken. Da auf einem Erwerbseinkommen noch Sozialversicherungsabgaben und Steuern anfallen, müsste der Verdienst mehr als 6500 Franken. betragen, damit sich Arbeit lohnt. Für Migranten ohne Bildung und Arbeitserfahrung ist eine Erwerbsarbeit mit einem solchen Lohn unerreichbar, Sozialhilfe «lohnt» sich darum.

Anschliessend diskutierten die Anwesenden bei einem offerierten Apéro über die stetig steigenden Ausgaben.

Die Interessierten wurden von Barbara Steinemann und Saskia Meyer mit vielen Informationen versorgt.

SVP BEZIRK MEILEN

Die heisse Phase des Wahlkampfs

svp. Im Bezirk Meilen touren derzeit die zwölf Kantonsratskandidatinnen und -kandidaten durch die elf Gemeinden. Jeden Samstag findet in einer anderen Gemeinde eine Standaktion statt.

Es werden nicht nur Flyer verteilt, sondern die Kandidierenden suchen das Gespräch mit der Bevölkerung. Bei heissen Marroni oder Raclette findet manch gute Diskussion statt. Vor wenigen Tagen machte der Tross in Hombrechtikon halt, der Wohngemeinde von Kantonsrat Tumasch Mischol. Die eisigen Temperaturen hinderten die Kandidierenden nicht, sich in der SVP-Hochburg der Bevölkerung zu präsentieren.

Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Bezirk Meilen.

SVP BEZIRK USTER

Kandidierende des Bezirks Uster besuchen fünf Gemeinden an einem Tag

Fünf Gemeinden an einem Tag war das Ziel der Kantonsrats-Kandidierenden. Neben angeregten Gesprächen mit der Bevölkerung war von Sonnenschein über starken Wind bis Regen alles dabei.

svp. Bei Regen startete die Roadshow der Kandidatinnen und Kandidaten der SVP Bezirk Uster in Egg. Vor dem Gemeindehaus gab es trotz widrigem Wetter interessante und anregende Gespräche mit der Egger Bevölkerung und Mitgliedern der SVP Egg.

In der SVP-Hochburg Volketswil im Zänti war die Standaktion sämtlicher Bezirksparteien schon voll im Gange. Das Interesse der Volketswiler Bevölkerung war rege, da sich die Gelegenheit bot, sich an einem Tag mit mehreren Parteien auszutauschen. Die Kandidierenden der SVP nutzen diese Gelegenheit, um die SVP-Politik näher zu bringen und die Wichtigkeit einer starken SVP aufzuzeigen. Support am Stand gab es auch vom Volketswiler Nationalrat Bruno Walliser.

Fünf Aktionen in fünf Gemeinden an einem Tag. Die Kandidatinnen und Kandidaten der SVP hatten ein Marathonprogramm zu bewältigen.

Voller Einsatz bis zum Schluss

In Uster wurde die Gruppe gegen 12 Uhr mit einer selbstgemachten Gerstensuppe und Wienerli willkommen geheissen. Bei sehr windigem Klima zwischen den Gebäuden war die warme Suppe und der herzliche Empfang durch die Bevölkerung eine angenehme Mittagspause in, mitten der Passantinnen und Passanten.

Beim City-Center in Dübendorf hatte das Wetter einige Überraschungen zu bieten. Zwischen Regen und Sonnenschein war alles dabei, was die Kandidierenden nicht davon abhielt, Bezirksflyer und Flyer der SVP-Regierungsratskandidierenden abzugeben. Auch SVP-Stadtpräsident André Ingold war vor Ort und konnte lokale Fragen aus erster Hand beantworten. Die letzte Station führte nach Brüttisellen, wo die Gruppe vom Sektionspräsidenten bereits empfangen wurde. Die Standaktion am Rande des Bezirks war ein würdiger Abschluss dieser Gemeindetour und Motivation für die Kandidierenden, die nächsten Wochen Wahlkampf für die Schweiz und die SVP voller Energie in Angriff zu nehmen.

IN DER HÖHLE DES LÖWEN

Die Junge SVP zu Besuch im EU-Parlament

Vor drei Wochen besuchte ich mit einer Delegation der Jungen SVP das EU-Parlament in Strassburg. Der vertiefte Einblick in das bürokratische Räderwerk der Europäischen Union hat mich einmal mehr in meiner Überzeugung gestärkt, dass unser Kampf für eine unabhängige Schweiz absolut notwendig ist. Das EU-Parlament verschlingt enorme Summen und hat mit unseren Vorstellungen von Demokratie wenig zu tun.

Benjamin Fischer
Kantonsrat
Präsident JSVP CH
Volketswil

Dass die EU ein bürokratischer, demokratiefeindlicher Moloch ist und dass sich die Schweiz mit aller Kraft gegen die gegnerische Übernahme mittels Rahmenabkommen wehren muss, all das war uns schon vor unserer Reise klar. Und doch vermochte der direkte Einblick teilweise schlimmste Vorstellungen noch zu übertreffen. Wir sprechen hier von einem Parlament aus 751 Abgeordneten die fürstlich entlöhnt werden und grosszügig Spesen abrechnen. Jeder Parlamentarier verfügt über einen Bürochef, Mitarbeitende und Praktikanten. Das macht rund 7500 Personen, die alleine für das EU-Parlament tätig sind. Doch ein EU-Parlamentarier hat bedeutend weniger Einflussmöglichkeiten auf die Geschicke der EU, als ein Parlamentarier in der Schweiz in Bund oder Kanton Einfluss nehmen kann. Parlamentarische Instrumente wie Motion oder Parlamentarische Initiativen sind gänzlich unbekannt. Das EU-Parlament kann also keine eigenen Gesetzesvorlagen einbringen. Es kann nur Vorlagen ändern, die von der EU-Kommission, also der Exekutive, vorgelegt werden und diese abnicken oder ablehnen. Ändert das Parlament jedoch in eine Richtung die der EU-Kommission nicht passt, kann diese die Vorlage zurückziehen. So etwas wäre im parlamentarischen Prozess der Schweiz undenkbar. Nicht zu vergessen, dass neben dem EU-Parlament auch immer noch der Rat der Europäischen Union (die zweite legislative Kammer) mitredet. Daneben gibt es dann noch den Europäischen Rat, welcher der Europäischen Kommission zur Seite steht, nicht zu verwechseln mit dem Europarat der wiederum mit der EU nichts zu tun hat. Wenn Sie das alles etwas verwirrt, dann machen Sie sich keine Sorgen, das hat System in der EU. So hat uns ein langjähriger Mitarbeiter eines Parlamentariers beim Bier erklärt, er entdecke fast täglich etwas Neues im Bürokraten-Dschungel. Man könnte fast meinen, es sei absichtlich so konstruiert, dass niemand wirklich weiss, wer für was verantwortlich ist und wer wofür bezahlt wird und die Meisten scheint es auch nicht zu interessieren, solange das Geld fliesst.

Monatlicher Umzug des Parlaments verschlingt Unsummen

Das EU-Budget belief sich im Jahre 2018 auf 160 Mrd. Euro. In Anbetracht dessen, dass das zusätzlich zu den nationalen Budgets ausgegeben wird, da die EU vor allem Regeln setzt und nicht für die Umsetzung bezahlt, ist dies enorm. Der Höhepunkt der Absurdität ist der monatliche Umzug des EU-Parlaments von Brüssel nach Strassburg für jeweils eine Woche. Dies kostet den europäischen Steuerzahler 180 Mio. Euro.

Aber immerhin habe die EU für Frieden in Europa gesorgt, so das gängigste Argument der EU-Freunde. Doch damit liegen sie falsch, denn der Friede in Europa geht erstens auf die NATO zurück und zweitens auf die engere wirtschaftliche Zusammenarbeit, die auch auf die Wirtschaftsunion zurückgeführt werden kann. Die politische Union hingegen hat bisher mehr für Konfliktpotential statt für Frieden gesorgt. Alles in allem ist die EU definitiv kein Erfolgsprojekt zu dem sich ein Beitritt lohnen würde.

Die Delegation der Jungen SVP vor dem EU-Parlament in Strassburg.

Orientierungslos durchwursteln

Denn neben der unsäglichen Konstruktion des Bürokratiemonsters hat die EU noch ein ganz anderes, fundamentales Problem. Niemand in diesem Laden scheint zu wissen, wohin die Reise eigentlich gehen soll. Zumindest wollen es diejenigen, die es wissen, nicht offen sagen. Die heutige EU ist weder Fisch noch Vogel, für einen Staatenbund bereits zu viel, für einen Bundesstaat zu wenig. Die EU mit dem Euroraum ist ein Konstrukt, das nicht funktioniert und grossen Schaden über die Menschen Europas bringt. Für die Südstaaten ist der Euro zu stark, was ihren Export abwürgt. Da sie ohne eigene Währung nicht abwerten können, sind sie auf Transferleistungen (hauptsächlich aus Deutschland) angewiesen. Obwohl jeder halbwegs seriöse Ökonom wusste, dass dies nötig wird, hat man solche Transfers bei der Einführung des Euros ursprünglich explizit ausgeschlossen, sonst hätte kaum ein Land den Euro eingeführt. Dass die Deutschen, welche mehr als genug Probleme im eigenen Land haben, langfristig nicht bereit sind, für die ganze EU zu bezahlen, und dass sie ihre Transfers an klare Bedingungen knüpfen, ist verständlich. Genauso verständlich ist aber auch, dass sich die Griechen und die Italiener nicht eine Finanzpolitik aus Deutschland diktieren lassen wollen. Das viel gelobte Friedensprojekt EU führt also direkt zu mehr Spannungen und Konflikten unter den Mitgliedstaaten. Die Einführung einer Einheitswährung für Länder mit unterschiedlicher Wettbewerbsfähigkeit, also die Einführung des Euros, macht nur Sinn, wenn man die Vereinigten Staaten von Europa will. Als Staatenbund ist die EU bereits viel zu zentralistisch, für einen Bundesstaat fehlen jedoch entscheidende Bereiche wie die gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik, ein gemeinsames Sozialsystem oder die gemeinsame Verteidigungspolitik. Doch das wagen die Strippenzieher nicht öffentlich zu sagen, denn sie wissen, dass bei diesen Projekten längst nicht alle heutigen EU-Staaten dabei wären. Und so sagen die meisten Experten und auch die von uns befragten EU-Parlamentarier, dass man sich wohl weiterhin einfach durchwursteln wird (was den Euro betrifft, heisst dies zum Beispiel Tiefzinsen und Gelddrucken ohne Ende). Es besteht dafür sogar ein Fachbegriff der Organisationstheorie: «muddling through». Man kann sich darüber lustig machen, aber für Millionen Südeuropäer in Arbeitslosigkeit und ohne Perspektive, und für Millionen Deutsche, die tagtäglich schuften, um ein gescheitertes Projekt durchzufüttern ist es bittere Realität.

Der Abgeordnete Bernd Lucke (ehemals AfD heute LKR) nahm sich Zeit für die Junge SVP.

Wie in einer Sekte

Nun sagen viele, dass ein EU-Beitritt für die Schweiz ohnehin nicht infrage käme. Doch das vom Bundesrat vorgelegte institutionelle Abkommen würde uns zu einem Vasallenstaat der EU machen. Das sagt auch das Rechtsgutachten des ehemaligen Efta-Gerichtshof Präsidenten Carl Baudenbacher. Die Schweiz wäre verpflichtet, alle binnenmarktrelevanten Gesetzesänderungen zu übernehmen, und was binnenmarktrelevant ist, entscheidet alleine die EU. Das vorgesehene Schiedsgericht wäre nur Symbolik, denn letztlich entscheidet der Europäische Gerichtshof abschliessend, das Schiedsgericht muss sich danach richten. Dies würde das Ende des bilateralen Weges bedeuten, denn bilateral ist das Gegenteil von einseitigem Zwang. Unter den Bürokraten besteht kein Zweifel darüber, dass ein sogenannter Integrationszwang besteht. Das heisst, mit jeder Vereinheitlichung entstehen automatisch Notwendigkeiten für weitere Vereinheitlichungen.

Die Integration habe sich verselbstständigt, sagen denn auch viele Abgeordnete und Experten, die wir in Strassburg treffen. Wenn beispielsweise im aktuellen Entwurf zum Rahmenabkommen die Unionsbürgerrichtlinien noch ausgenommen sind, dann nur, um sie in einem zweiten Schritt einzuführen. Wie in einer Sekte wird man Schritt für Schritt herangeführt, bis es kein Zurück mehr gibt. Und wer den Sektenvergleich nun doch als etwas zu heftig erachtet, der möge sich vor Augen führen, wie aktuell mit den Briten umgegangen wird.

Nicht mehr alle Tassen im Schrank

Selbstverständlich ist die Schweiz an guten wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten interessiert und das beruht auf Gegenseitigkeit. Ein EU-Beitritt oder eine Anbindung über das institutionelle Rahmenabkommen ist dafür nicht nötig. Es würde uns finanziell in den Abgrund treiben, unsere direkte Demokratie aushebeln und uns in der bürokratischen Maschinerie untergehen lassen. Die Schweiz muss auf ihrem Erfolgspfad bleiben: wirtschaftlich vernetzt, politisch unabhängig.

Wer heute ernsthaft die Anbindung an die EU fordert, ist entweder hoffnungslos ideologisch verblendet oder hat nicht alle Tassen im Schrank. Wahrscheinlich hat das eine mit dem anderen zu tun.

Fadegrad

von
Nina Fehr Düsel

Der Eigenmietwert muss fallen

Der Erwerb von Wohneigentum darf nicht weiter behindert werden. Der Eigenmietwert, der bekanntlich ein fiktives Einkommen besteuert, soll endlich abgeschafft werden. Er ist nicht nur ärgerlich, sondern kommt gar einer Bestrafung der Wohneigentümer gleich. Sie haben das Geld, mit dem sie die Liegenschaft gekauft haben, bereits als Einkommen versteuert. Darauf zahlen sie dann die Vermögenssteuern und zusätzlich den erwähnten fiktiven Eigenmietwert, von dem sie jedoch keinen Rappen sehen.

Alle schönen Beteuerungen, dass das Wohneigentum gefördert werden müsse, weil es die Bindung und die Verantwortung zum Wohnort und zur Umgebung vertiefe, werden so zur Farce.

Von den Banken und Finanzinstituten wurde auch die Praxis zum Erwerb von Wohneigentum verschärft, indem es mindestens 20 Prozent reine Eigenmittel braucht. Dies ist bereits eine Hürde, die vielen Personen aus dem Mittelstand den Erwerb erschwert.

Wir haben derzeit in der Schweiz eine Wohneigentumsquote von 38 Prozent, im Kanton Zürich von 29 Prozent. Diese Quote ist im Vergleich zum Ausland sehr tief. Obwohl davon ausgegangen werden kann, dass es in nächster Zeit nicht zu Zinserhöhungen bei Wohnhypotheken kommen wird, ist Wohneigentum im Kanton Zürich bei den aktuellen Preisen für viele nicht mehr erschwinglich. Der Eigenmietwert verschlechtert die Situation zusätzlich. Junge Familien können davon ein Lied singen, und auch im Alter ist das Wohneigentum für viele Personen schwierig zu finanzieren.

Wer argumentiert, mit dem Eigenmietwert müsse gleichzeitig auch der steuerliche Abzug von Unterhaltskosten und Sanierungskosten gänzlich wegfallen, muss an das Motiv für die seinerzeitige Einführung des Eigenmietwertes erinnert werden: Er wurde in den schwierigen 30er-Jahren vom Bund als «Krisenabgabe» eingeführt – und hat sich flugs zur permanenten Steuer entwickelt. Dies macht keinen Sinn. Gerade die SVP setzt sich für weniger Steuern und Abgaben ein.

Als Direktbetroffene bin ich der ständerätlichen Wirtschaftskommission dankbar, dass sie nun verschiedene taugliche Varianten zur Abschaffung des Eigenmietwerts in die Vernehmlassung schickt. Dieses Thema ist schon lange in der «Pipeline», und die grosse Mehrheit der Bevölkerung wünscht die klare Abschaffung des Eigenmietwertes. Ich unterstütze dieses Ziel aus voller Überzeugung und möchte auch als Kantonsrätin weiterhin meinen Beitrag zur Förderung des Wohneigentums leisten.

EZV-KONTROLLE ZEIGT ERSCHRECKENDE ZAHLEN ZU KABOTAGEVERSTÖSSEN

Kabotage: Horrende Bussen nach Kontrolle

Erstmals wurden in der Schweiz die Kabotagevorschriften ernsthaft kontrolliert. Die Erkenntnisse sind erschreckend. Offenbar wurde das Kabotageverbot über Jahre hinweg systematisch ignoriert.

Martin Bürlimann
alt Gemeinderat SVP
Zürich

Unter «Kabotage» versteht man Transporte von ausländischen Firmen innerhalb der Schweiz. Heute verbietet das Landverkehrsabkommen mit der EU die Kabotage. Gemäss dem Transportverband ASTAG und dem Verband der Berufschauffeure «Les Routiers Suisses» finden zuwenig Kontrollen statt. Berufschauffeure berichten häufig von Beobachtungen, dass das Kabotageverbot umgangen wird, indem ausländische Transportfirmen ohne entsprechende Bewilligung versteckte Transporte innerhalb der Schweiz durchführen.

Illegale Bustransporte

Die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) teilte diese Woche in einer Medienmitteilung mit, dass sie «illegale Bustransporte in der Schweiz gestoppt» habe. Gegen zwei Reisebusunternehmen wird nun eine Strafuntersuchung eröffnet. Gemäss EZV müssen die beiden Transportfirmen hohe Abgaben nachzahlen. Weitere Anklagen folgen und voraussichtlich werden sehr hohe Bussen ausgestellt. Die Verstösse fanden regelmässig über drei Jahre statt. Umso wichtiger ist die Mitteilung der EZV einzustufen. Offenbar fand erstmals überhaupt eine systematische, längerfristig angelegte Kontrolle zur Kabotage-Umgehung statt. Nun wird gegen zwei Reisebusunternehmen eine Strafuntersuchung durchgeführt. Gemäss EZV müssen die Unternehmen Abgaben von rund 645 000 Franken nachzahlen. Zudem wurden sechs Personen angeklagt. Die Bussen sollen bis zu 100 000 Franken betragen. Welche Firmen kontrolliert und angeklagt wurden, gab die EZV nicht bekannt. Bis zum Abschluss des Verfahrens gilt die Unschuldsvermutung. Bei der Einreise in die Schweiz hätten die Chauffeure die Reisebusse nicht verzollt, hiess es. Ebenso wurde offenbar die Schwerverkehrsabgabe während der Aufenthalte in der Schweiz nicht korrekt oder gar nicht bezahlt. Bei den Kontrollen wurden Widerhandlungen gegen das Zollgesetz, das Mehrwertsteuergesetz und das Schwerverkehrsabgabengesetz festgestellt. Das Kabotageverbot wurde umgangen, indem die Reisebusfirmen keine feste Strecke in der Schweiz, sondern verschiedene Strecken fuhren, wurde ein EZV-Sprecher in der Zeitung «20 Minuten» zitiert.

SVP verlangt Durchsetzung

In ihrem aktuellen Parteiprogramm verlangt die SVP Stadt Zürich explizit, dass das Kabotageverbot durchgesetzt werden muss. Geltende Gesetze sollen endlich kontrolliert und angewendet werden. Die SVP-Gemeinderäte Stephan Iten und Derek Richter hatten in der vergangenen Legislatur in einer schriftlichen Anfrage klare Fragen betreffend Kabotageverbot und insbesondere zur mangelhaften Kontrolle und Durchsetzung gestellt. Nun hat die EZV unter Leitung von Bundesrat Ueli Maurer einen Pflock eingeschlagen – mit erschreckendem Ergebnis. Es hat den Anschein, dass der Missbrauch noch grösser als befürchtet ist. Mitte vergangenen Jahres hatten der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) und der Nutzfahrzeugverband ASTAG mit einer breit angelegten Studie vor einer Aufhebung des Verbots gewarnt. Les Routiers Suisses, der Verband der Berufsfahrer in der Schweiz, rechnet mit bis zu 80 000 Arbeitsplätzen, die unmittelbar bedroht sind. Nebst Chauffeuren betrifft dies insbesondere Arbeitsplätze in der Logistik sowie vor- und nachgelagerten Branchen. Umso wichtiger ist es nun, die Kontrollen weiterzuführen und fehlbare ausländische Unternehmen, die sich mit illegalen Mitteln Wettbewerbsvorteile verschaffen, aus dem Verkehr zu ziehen.

Impressionen vom Wahlkampf in der Stadt Zürich

Am Rigiplatz mit den Kandidaten des Wahlkreises 6 & 10.

Am Limmatplatz die Kandidaten des Wahlkreises 4 & 5.

ES BRAUCHT MEHR SVP

Der linke Zeitgeist ist demokratiefeindlich

«Gegen die illegale Migration ist nichts zu machen, die Migranten kommen ohnehin.» Oder: «Die Personenfreizügigkeit kann unmöglich gekündigt werden, ansonsten fallen alle Verträge mit der EU dahin.» Wer keine stichhaltigen Argumente hat, kann seine Standpunkte kurzerhand als alternativlos erklären. Somit erübrigt sich jede inhaltliche Auseinandersetzung. Der linke Zeitgeist hat vor Jahren eine solche Politik der «Alternativlosigkeit» eingeleitet.

Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich

Oft schieben die Gutmenschen diffuse «Menschenrechte» vor, um Volksentscheide zu missachten. Ein arbeitsloser Schläger könne gar nicht nach Deutschland ausgeschafft werden, da die «völkerrechtliche Verpflichtung» Vorrang habe. Dass das Schweizer Volk mit der Annahme der Ausschaffungsinitiative anders entschieden hat, scheint für die «Elite» in Politik und Gesellschaft nur ein störendes Nebengeräusch zu sein.

Illegale Migration gestoppt

Der linke Zeitgeist ist durch und durch demokratiefeindlich. Denn in einer Demokratie gibt es nie alternativlose Zustände. Italien beweist dies gerade ganz Europa und überführt alle Gutmenschen der Lüge, die behaupten, die illegale Migration aus Afrika sei nicht zu stoppen.

Was angeblich unmöglich ist, schaffte der italienische Innenminister Matteo Salvini in nur gerade mal einem Jahr. Er reduzierte die illegale Migration über das Mittelmeer um 80 Prozent. Ist der Wille da, sind alle «alternativlosen» Missstände innert kurzer Zeit gelöst. Dafür braucht es den Druck des Volkes. Italien musste zuerst von illegalen Migranten überrannt werden, bevor die Politik in der Person von Matteo Salvini handelte.

Schweiz schläft weiter

Und in der Schweiz? Bei uns geht die schädliche Masseneinwanderung ungehindert weiter. Die kriminellen Ausländer werden kaum ausgeschafft. Der Asylmissbrauch ist weiterhin die Regel und nicht die Ausnahme. Von solchen Missständen hatte Italien genug. Wann erwacht das Schweizer Volk und macht der hiesigen «Elite» in Politik und Gesellschaft auch endlich Beine? Am 24. März ist die nächste Möglichkeit dazu. Wenn jeder von uns lediglich zehn zusätzliche Personen mobilisiert, bei den Regierungs- und Kantonsratswahlen SVP zu wählen, dann gewinnt das Schweizer Volk!

SVP bi de Lüt

Teure Sozialindustrie: Gemeinden unter Druck!

Neues Gemeindegesetz: Was hat sich geändert? Wie kann der Bürger Einfluss nehmen?

Donnerstag 28. Februar
20:00 Uhr
Zum Wilden Mann
Neerach

spannende Referate bei offeriertem Feierabendbier!

Stefan Schmid
Kantonsrat
Gemeindepräsident Niederglatt

Barbara Steinemann
Nationalrätin
Sozialbehörde Regensdorf

2x auf die Liste1

in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und Ernst Stocker

SVP Liste 1

In den Regierungsrat on Tour!

Für Stadt und Land

Natalie Rickli
Ernst Stocker bisher

Hier treffen Sie unsere Kandidaten:

Samstag, 23. Februar 2019

09.30 bis 10.30 Uhr, Zürich
Pestalozziwiese, beim Globus

10.45 bis 12.30 Uhr, Zürich
Marktplatz Oerlikon

Nutzen Sie die Gelegenheit zum direkten Gespräch!

SVP Schweizer Qualität – Die Partei des Mittelstandes

regierungsratswahl.ch

Zusammen mit Carmen Walker Späh, Silvia Steiner und Thomas Vogel

Ihr Immobilientraum?

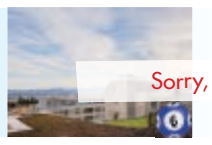
5 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhaus
8127 Forch-Küsnacht, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Miete 4'800.- p.Mt., Kauf 2'395'200.- Bezug nach Vereinb.
www.ufdeforch.ch

3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 Männedorf, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch

4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 Neftenbach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 Rumlikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch

5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 Langnau a. Albis, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'765'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch



4 ½ Zi. Garten-Eigentumswohnung
8127 Forch-Maur, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft !
Miete 3'900.- p.Mt., Kauf 1'278'000.- Bezug nach Vereinb.
www.amena-forch.ch

4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 Kloten, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis auf Anfrage, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 Weisslingen, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.paradislig.ch

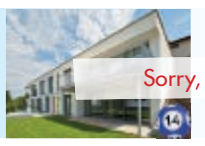
3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 Aesch-Maur, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 Dorf, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch

3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 Wermatswil, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.leuberg.ch

4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 Birchwil, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 Buch am Irchel, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch



5 ½ Zi. Attika-Wohnung
8610 Uster, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Sorry, es sind leider alle Einheiten vermietet !
Miete 4'350.- p.Mt., Kauf 1'980'000.- Bezug nach Vereinb.
www.schwizerstrasse35.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 Pfaffhausen, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch

3 ½ Zi. Dach-Eigentumswohnung
8184 Bachenbülach, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Sorry, es sind leider alle Einheiten vermietet !
Miete 3'500.- p.Mt., Kauf 1'145'000.- Bezug nach Vereinb.
www.ridere-bachenbuelach.ch

3 ½ u. 4 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 Dietikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.duo-dietikon.ch

4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 Stallikon, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 Stadel/Winterthur, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 Unterengstringen, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.sparrenberg.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 Saland, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch

3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 Rickenbach, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch

4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 Glattbrugg, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch

Haben Sie ein Grundstück auf dem Immobilienträume verwirklicht werden können? Melden Sie sich bei unserem Chef ulrich.koller@lerchpartner.ch oder Tel. 052 235 80 00.

Lerch&Partner
GENERALUNTERNEHMUNG AG
LerchPartner.

YouTube

Zürcherstrasse 124 Postfach 322
8406 Winterthur
Telefon 052 / 235 80 00

Wir nehmen an den folgenden Immobilienmessen teil:

SVIT Immobilien-Messe in Zürich
29. - 31. März 2019, Lake Side Zürich

Eigenheimmesse Schweiz in Zürich
5. - 8. Sept. 2019, Messe Zürich, Halle 6

Stand Januar 2019

Achtung!

Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.** Komme bei Ihnen vorbei.

Telefon 044 822 26 11

Forstpflanzen jeder Art, erstklassige Qualität aus ausgewählten Beständen

Wildgehölze einheimische für stufige Waldränder, Hecken, Garten-, Bach- und Strassenbegleit-Bepflanzungen

Jungpflanzen für Weihnachtsbäume

Wildverbiss- und Fegeschutz für Nadel- und Laubholz, Akazienpfähle zur Befestigung

Fordern Sie unsere Preisliste an!

Josef Kressibucher AG
Forstbaumschule
Ast 2
8572 Berg TG
Tel. 071 636 11 90
info@kressibucher.ch
www.kressibucher.ch

Erfolgreich werben im «Zürcher Boten» und «Zürcher Bauern»

Ehrlich & direkt

www.rene-truninger.ch

René **Truninger** bisher

wieder in den **Kantonsrat**

2 x auf Ihre Liste !

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Gesprächsaustausch und Referat

Montag 25. Februar 2019, 19.30 Uhr

Hotel Restaurant Sommerau, Dietikon

Barbara Steinemann

Nationalrätin SVP
Mitglied Sozialbehörde
Regensdorf

Pascal Stüssi

„Pascal bi de Lüüt"

Kantonsratskandidat
SVP, Dietikon

Gedankenaustausch mit Pascal Stüssi und Referat zu Fragen der andauernden Kostensteigerungen in der Sozialhilfe und Sozialindustrie:

- Wer bekommt wie viel?
- Welche Personengruppe beziehen immer mehr?
- Für welche Formen der Sozialarbeit zahlen die Gemeinden immer mehr?

Anschliessend offerierter Apéro

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Unabhängig. Beständig. Zuverlässig.

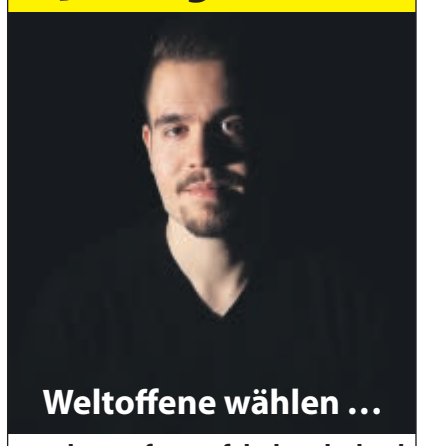
Roberto **Martullo**

Der Kantonsratskandidat
2x auf Ihre Liste

Und in den Regierungsrat:
Natalie Rickli und **Ernst Stocker**

SVP Liste 1

Schon wieder falsch gedacht?



Weltoffene wählen …

… schau auf www.falschgedacht.ch wer alles SVP wählt!

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat/Fraktion
Montag, 25. Februar 2019, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Bienengarten, Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen/Meilen
Jeden zweiten Samstag (gerade Kalenderwochen), ab 10.30 Uhr, Restaurant Frieden, Rauchgässli 34, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11 bis 12 Uhr, im Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Bar Enoteca, Tannenzaunstrasse 23, Uster.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden letzten Freitag im Monat, 20.00 Uhr, Parteihöck im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage: www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Zürich/Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, ab 18.00 Uhr, Restaurant Bahnhof Wiedikon, Seebahnstrasse 33, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 4 und 5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Restaurant Kornhaus, Langstrasse 243 (Limmatplatz), Zürich.

Eine An- oder Abmeldung an info@svp5.ch ist aus organisatorischen Gründen erwünscht.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Rafz
Donnerstag, 14. März 2019, 19.00 bis ca. 20.30 Uhr, im Pflanzencenter Hauenstein, Imstlerwäg 2, Rafz, Referate zu den Sozialkosten, -zahlen und -daten von Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsratskandidatin Saskia Meyer. Anschliessend Apéro.

Bezirk Dielsdorf/Regensdorf
Mittwoch, 1. Mai 2019, ab 12.00 Uhr, Dorfstrasse 131, Watt, 1.-Mai-Feier. Ab 14.00 Uhr Rede von Nationalrat Adrian Amstutz.

Bezirk Dielsdorf/Rümlang
Samstag, 9. März 2019, 10.00 Uhr, Restaurant Sorriso, Glattalstrasse 182, Rümlang, Politstamm mit Nationalrat Alfred Heer. Thema: Schädliche Auswirkungen des Rahmenvertrages mit der EU auf den Kanton Zürich.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Montag, 25. Februar 2019, 19.30 Uhr, Hotel Restaurant Sommerau, Dietikon, Gesprächsaustausch und Referat zu Fragen der andauernden Kostensteigerungen in der Sozialhilfe und Sozialindustrie mit Nationalrätin Barbara Steinemann und Kantonsratskandidat Pascal Stüssi. Anschliessend offerierter Apéro.

Mittwoch, 1. Mai 2019, ab 12.00 Uhr, auf dem Bauernhof Im Basi bei Familie Bräm, Dietikon, 1.-Mai-Feier mit Nationalrat Adrian Amstutz.

Bezirk Winterthur/Seuzach
Dienstag, 5. März 2019, 20.00 Uhr, im Alterszentrum Geeren, Kirchhügelstrasse 5, Seuzach, kontradiktorisches Podium u. a. mit den Kantonsratskandidaten Therese Schläpfer und Tobias Weidmann. Anschliessend Apéro.

Stadt und Bezirk Winterthur
Sonntag, 3. März 2019, 10.00–15.30 Uhr, auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, Winterthur-Hegi, Jazzmatinée mit der Swiss Ramblers Dixieland JAZZBAND. Grussbotschaften u. a. von Kantonsrat Konrad Langhart, Präsident SVP des Kantons Zürich. Eintritt frei/Festwirtschaft.

Stadt Zürich/Kreis 12
Dienstag, 5. März 2019, 19.30 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthurerstrasse 519, Zürich, Nationalrat Claudio Zanetti spricht zum Thema EU – Politik auf Glatteis.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 28. März 2019, 18.00–20.00 Uhr, Kultur & Kongresshaus Aarau, Schlossplatz 9, Aarau, Referat und Podiumsdiskussion «Direkte Demokratie und Europapolitik» u. a. mit Nationalrätin Barbara Steinemann.

Freitag, 20. September 2019, bis Sonntag, 22. September 2019, Hombrechtikon, SVP-Schiessen 2019 (Vorschiessen am Freitag, 13. September 2019). Weitere Informationen folgen.

MOTORRAD-CLUB SVP

Ausfahrten
Sonntag, 28. April 2019, Route noch offen, 1. Ausfahrt.

Generalversammlung
Freitag, 29. März 2019, ab 19.00 Uhr, Hochwacht, Egg.

Stämme
Dienstag, 16. April 2019, ab 19.00 Uhr, Golfclub Unterengstringen, 1. Stamm.

Swissmoto
Freitag, 22. Februar 2019, ab 19.30 Uhr im Restaurant Kunsteisbahn, Siewerdtstrasse 80, Zürich.

VERANSTALTUNGEN ZU DEN KANTONS- UND REGIERUNGSRATSWAHLEN 2019

Bezirk Andelfingen
Mittwoch, 6. März 2019, 11.30–14.00 Uhr, Restaurant Bahnhof, Alte Andelfingerstrasse 2, Henggart, SVP-Politlunch. 11.30 Uhr: Apéro (die SVP-Bezirkspartei lädt Sie ein), 12.00 Uhr: Mittagessen (auf Kosten der Teilnehmer), 13.00 Uhr: Referate von Kantonsrat Konrad Langhart und Kantonsratskandidat Michael Trachsel.

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Donnerstag, 28. Februar 2019, 11.30 Uhr (Türöffnung 11.00 Uhr), Blaser Metallbau AG, Industriestrasse 7, Andelfingen, Gewerbe-Apéro mit Regierungsrat Ernst Stocker und den Weinländer SVP-Kantonsratskandidaten.

Bezirk Bülach
Sonntag, 24. März 2019, ab 16.00 Uhr, Saal Restaurant Breiti, Winkel, Wahlfeier.

Bezirk Bülach/Bülach
Dienstag, 26. Februar 2019, 08.00–17.00 Uhr, Altstadt, Bülach, Markt.

Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.00–21.00 Uhr, Restaurant Kaserne, Bülach, Podium.

Bezirk Bülach/Höri
Samstag, 23. Februar 2019, 10.00–14.00 Uhr, Landi, Höri, Standaktion mit Kantonsratskandidatin Romaine Rogenmoser.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 48.–; für Nichtmitglieder Fr. 58.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Roland Scheck (rs.), Telefon 044 217 77 64, Fax 044 217 77 65. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, Fax 044 217 77 65, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** Zürcher Bauernverband, Marco Calzimiglia, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, inserate@zuercher-bote.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

Samstag, 16. März 2019, 10.00–14.00 Uhr, Landi, Höri, Standaktion mit Kantonsratskandidatin Romaine Rogenmoser.

Bezirk Dietikon/Aesch
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Nähe Volg, Aesch, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Dietikon
Mittwoch, 27. Februar 2019, 19.00–22.00 Uhr, Sommerau, Dietikon, Podium u. a. mit Regierungsrat Ernst Stocker.

Samstag, 9. März 2019, 08.00–12.30 Uhr, Kirchplatz, Dietikon, Roadshow mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und Regierungsrat Ernst Stocker.

Bezirk Dietikon/Geroldswil
Samstag, 16. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Dorfplatz, Geroldswil, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Oberengstringen
Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zentrum, Oberengstringen, Standaktion.

Bezirk Dietikon/Unterengstringen
Sonntag, 24. Februar 2019, 13.30–16.00 Uhr, Gemeindesaal, Büelstrasse 15, Unterengstringen, Wahlapéro mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsratskandidaten der SVP Bezirk Dietikon.

Bezirk Dietikon/Urdorf
Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Spar, Urdorf, Standaktion.

Bezirk Hinwil
Donnerstag, 7. März 2019, 19.30 Uhr, im Saal Restaurant Krone, Bahnhofstrasse 163, Wetzikon, Podium mit den RegierungsratskandidatInnen.

Bezirk Hinwil/Gossau
Samstag, 9. März 2019, ab 11.00 Uhr, Aabachhof der Familie Wäfler, Weiler Tägernau, Gossau, Jungbaumschnitt 2019 mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsräten Elisabeth Pflugshaupt und Daniel Wäfler.

Bezirk Meilen
Sonntag, 3. März 2019, 10.00–13.00 Uhr, Vogtei Herrliberg, Schulhausstrasse 49, Herrliberg, Jazz-Bruch mit Rebecca & The Sophisticats, Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den KantonsratskandidatInnen der SVP Bezirk Meilen. Eintritt frei.

Bezirk Pfäffikon/Lindau
Samstag, 23. Februar 2019, 11.00 Uhr, Schützenhaus Lindengüetli, Brüttenerstrasse 2, Lindau, Wahlveranstaltung zum Thema «Bienen und Pestizide». Vorstellung der Kantonsratskandidaten und Referate. Ab 12.30 Uhr Festwirtschaft und Besichtigung des Lehrbienenstandes am Strickhof.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Donnerstag, 28. Februar 2019, 19.30 Uhr, in der Firma PANOLIN AG, Bläsimühle 2, Madetswil, Vorstellung der Kantonsratskandidaten. Anschliessend Apéro.

Stadt Winterthur
Samstag, 9. März 2019, ab 12.00 Uhr, Barbara-Reinhart-Strasse bei der Halle 710, Winterthur-Neuhegi, SVP bi dä Lüüt mit den Kantonsratskandidaten.

Samstag, 16. März 2019, ab 12.00 Uhr, Lokal der cooking fellows, Dättnauerstrasse 26, Winterthur-Dättnau, SVP bi dä Lüüt mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und den Kantonsratskandidaten.

Sonntag, 24. März 2019, ab 16.00 Uhr, Restaurant Bahnhöfli Wülflingen, Wydenweg 15, Winterthur, Wahl-Treff.

Stadt Zürich/Kreis 3
Samstag, 2. März 2019, 09.30–11.30 Uhr, Migros Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Samstag, 16. März 2019, 09.30–11.30 Uhr, Schmiede Wiedikon, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 7 und 8
Dienstag, 5. März 2019, 19.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Konferenzraum Privatklinik Bethanien, Toblerstrasse 51, Zürich, Podium zu den Wahlen u. a. mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli und den Kantonsratskandidaten Valentin Landmann und Urs Fehr. Anschliessend Apéro.

Stadt Zürich/Kreis 9
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 9. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Lindenplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 23. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Gutstrasse vor dem Coop, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 23. Februar 2019, 10.30–12.00 Uhr, Kappenbühl, Zürich, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Samstag, 9. März 2019, 10.30–12.00 Uhr, Kappenbühl, Zürich, Standaktion zu den Kantonsratswahlen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Zürich-Oerlikon, Standaktion mit Regierungsratskandidatin Natalie Rickli, Regierungsrat Ernst Stocker und Kantonsratskandidaten.

Samstag, 2. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Maria-Lourdes Kirche, Zürich, Standaktion.

Samstag, 9. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zehntenhausplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 16. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Marktplatz, Zürich-Oerlikon, Standaktion.

Samstag, 23. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Zehntenhausplatz, Zürich, Standaktion.

Stadt Zürich/Kreis 12
Samstag, 23. Februar 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 2. März 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 9. März 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 16. März 2019, 09.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Samstag, 23. März 2019, 09.00–12.00 Uhr, Schwamendingerplatz, Zürich, Standaktion.

Einladung
zum
Jazzmatinée

Die Veranstaltung findet auf dem Betriebsareal (Treibhaus) der
Christian Achermann AG, Rümikerstrasse 37, 8409 Winterthur-Hegi statt.
(Vis à vis Media Markt)

Sonntag, 3. März 2019
von 10.00 Uhr - 15.30 Uhr

Es spielen für Sie: **von 10.30 – 15.00 Uhr**
Swiss Ramblers Dixieland JAZZBAND

Eintritt frei / Festwirtschaft

Grussbotschaften von:
Präsident SVP Kanton Zürich Konrad Langhart
Präsidentin SVP Bezirk Winterthur Therese Schläpfer
Präsident SVP Winterthur Simon Büchi
Fraktionspräsident GGR Winterthur Daniel Oswald

Es freuen sich

SVP Winterthur und SVP Bezirk Winterthur

Christian Achermann

SVP

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes